

Politische Theorie für das urbane Zeitalter

Ein Plädoyer für die Wiederentdeckung der Städte als demokratische Handlungsräume

Verena Frick*

Schlüsselwörter: Demokratie, Globalisierung, Partizipation, Raum, Stadt, Urbanität

Abstract: Das 21. Jahrhundert wird nach verbreiteten Prognosen das ‚Jahrhundert der Städte‘. Städte werden sich im Zuge der Globalisierung zu zentralen politischen Handlungsräumen entwickeln. Die demokratischen Hoffnungen, die angesichts dessen derzeit in Städte gesetzt werden, sind groß. Vor diesem Hintergrund argumentiert der Beitrag, dass sich die Politische Theorie der Stadt zuwenden sollte, da sie im urbanen Zeitalter neue Relevanz für die Stabilisierung demokratischer Ordnungen gewinnen kann. Für die Politische Theorie stellt sich damit die Aufgabe, städtische Demokratiepotenziale auszuloten und eine Theorie der demokratischen Stadt zu entwickeln.

Abstract: According to forecasts, the 21st century will become the urban age. As of 2050, approximately 70 percent of the world's population will live in cities. The rise of cities in the 21st century challenges modern democratic theory's focus on statist conceptions of democracy; subnational democracy is normally outside the focus of mainstream democratic theory. Therefore, contemporary democratic thinking risks not only to lose touch with changing political realities but, at the same time, fails to provide normative standards for a critical assessment of cities' democratic potential. Against this backdrop, the article argues for a political theory of the city and points out prospects for future research.

Von der politischen Theorie bislang weitgehend unbemerkt, vollzieht sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Renaissance eines im Zuge der neuzeitlichen Verstaatlichung der Politik weithin vergessenen politischen Handlungsraums. Nach übereinstimmenden Prognosen stehen wir derzeit am Beginn des ‚Jahrhunderts der Städte‘ (vgl. Clark / Moonen 2016). Hochrechnungen der OECD zufolge werden im Jahr 2050 siebzig Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben, noch 1950 war der Anteil der Städter an der Weltbevölkerung weniger als halb so groß (vgl. OECD 2016). Kennzeichen der Urbanisierung des 21. Jahrhunderts ist ihre globale politische Dimension. Mit Blick auf die internationale Ordnung wird bereits die Herausbildung einer sogenannten „novel trinity: World – State – Locality“ diagnostiziert, die die Staatendominanz relativiert und die staatliche Souveränität weiter auffächert (Blank 2006: 889; Aust 2013: 699). Verstädterung meint nicht

* Verena Frick, Georg-August-Universität Göttingen
Kontakt: verena.frick@uni-goettingen.de

mehr nur das lokale Städtewachstum, die infrastrukturelle Erschließung des ländlichen Raums und die soziale Urbanisierung der Lebensformen. Städte gewinnen im Zuge der Globalisierung in politischer und ökonomischer Hinsicht an Bedeutung und sind im Begriff einen transnational vernetzten Handlungsraum auszubilden.

Bislang konzentrierte sich die Thematisierung und politiktheoretische Durchdringung entsprechender Handlungsräume auf den Staat oder die internationale Ordnung. Auf beiden Ebenen ist demokratisches Handeln – verstanden als jene institutionellen, kollektiven und individuellen Praktiken, die auf die grundlegenden demokratischen Funktionen Inklusion, kollektive Willensbildung und kollektiv verbindliche Entscheidungsfindung gerichtet sind¹ – in eine Krise geraten: Die Entstehung eines demokratiearmen oder bisweilen sogar als autoritär bezeichneten Liberalismus auf staatlicher und noch mehr auf supra-staatlicher Ebene gilt weitgehend unbestritten als spätmoderne Pathologie demokratischer Ordnungen (vgl. Jörke 2019; Mounk 2018; Mouffe 2018; Zürn 2011). In den Fokus gerät damit die Dominanz von Bürokratien, Exekutiven sowie nichtmajoritärer Institutionen wie Gerichte oder Zentralbanken, die sich zur Rechtfertigung ihres Handelns vornehmlich auf scheinbar alternativlose Sachzwänge, Expertise, ökonomische Imperative oder den Schutz von Individualrechten berufen. Sie drohen, Partizipation, kollektive Entscheidungsfindung und öffentliche Auseinandersetzungen über Alternativen zu verdrängen und das demokratische Versprechen politischer Teilhabe zu untergraben.

Auf ihrer Suche nach verbliebenen oder zu schaffenden demokratischen Handlungsräumen hat sich die Politische Theorie in den vergangenen Jahrzehnten vor allem auf die Frage ‚staatlich versus suprastaatlich‘ konzentriert. Damit sind jedoch demokratische Räume jenseits dieser Zweiteilung aus ihrem Blick geraten. Dagegen möchte ich im Folgenden die These vertreten, dass sich die Politische Theorie der Stadt zuwenden sollte, sie kann im urbanen Zeitalter neue Relevanz für die Stabilisierung demokratischer Ordnungen gewinnen. Für die Politische Theorie stellt sich damit die Aufgabe, städtische Demokratiepotenziale auszuloten und eine Theorie der demokratischen Stadt zu entwickeln. Diese These soll knapp in drei Schritten erläutert werden: Zunächst wird die Frage nach dem geeigneten Raum der Demokratie vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Demokratiekrise skizziert. Sodann sollen in einem zweiten Schritt mögliche Chancen beleuchtet werden, die die Renaissance der Städte mit sich bringt. Abschließend werden Forschungsdesiderata und Leitfragen einer politischen Theorie der Stadt formuliert.

1. Demokratiekrise und der Verlust demokratischer Handlungsräume

Die Augen der Politischen Theorie wieder auf die Stadt zu richten bedeutet, eine alte Frage unter den Vorzeichen des 21. Jahrhunderts neu zu stellen: In welchem Raum können wir Demokratie am besten verwirklichen, in Stadtrepubliken wie der antiken Polis, in Metropolen, Regionen, Staaten oder gar im Weltmaßstab? Dass diese Frage letztlich in ein Dilemma der Größe führt, hat Robert Dahl anschaulich gezeigt (vgl. Dahl 1967). Je größer wir den politischen Raum skalieren, desto größer scheint zwar zunächst die Problemlösungskapazität des politischen Systems, zugleich aber nehmen die demokratischen

1 Mark Warren, auf den ich mich hier beziehe, unterscheidet „seven kinds of generic political practices: recognizing, resisting, deliberating, representing, voting, joining, exiting“ (Warren 2017: 47 ff.).

Handlungschancen der Bürger ab. Umgekehrt steigen zwar die Partizipationschancen je kleiner die Räume werden, die Probleme, die diese Einheiten aber noch eigenständig bewältigen können, wirken trivial.

Anders als Dahl, der mitten in jener Zeit schrieb, die inzwischen gern als goldenes Zeitalter demokratischer Staatlichkeit idealisiert wird (vgl. Crouch 2008; Genschel / Zangl 2008), steht uns dieses Dilemma am Beginn des 21. Jahrhunderts unmittelbar vor Augen. Der im Zuge der Globalisierung verstärkt entstehende Bedarf an internationaler Kooperation zur Lösung grenzüberschreitender Herausforderungen hat zur Herausbildung zahlreicher öffentlicher Gewalthaber auf suprastaatlicher Ebene geführt. Als Reaktion hat die Politische Theorie in den vergangenen dreißig Jahren viel Energie darauf verwendet, den Raum der Demokratie nach oben zu skalieren und die internationale Ordnung zu demokratisieren.

Doch mit dem globalen Erstarken populistischer und partikularistischer Kräfte macht sich allenthalben Ernüchterung breit. Hoffnungen auf ein Weltparlament oder eine transnationale Zivilgesellschaft haben sich selbst in der EU bislang allenfalls in Ansätzen erfüllt. Und auch die einst als besonders aussichtsreich, weil realitätsnah geltende Konstitutionalisierung der internationalen Ordnung durch die Verpflichtung auf fundamentale Rechtsprinzipien ist ins Stocken geraten (vgl. Frick 2019). Unübersehbar sind einerseits Prozesse des „Opting-Out“² und andererseits nutzen internationale Gerichte selbst diese Rechtsprinzipien als Instrumente judizieller Selbstermächtigung, was die internationale Verrechtlichung von demokratischer Autorisierung zusehends entkoppelt.³ Angesichts derartiger Schließungsprozesse gegenüber demokratischer Intervention scheint sich demokratisches Handeln jenseits des Staates auf anti-institutionelle Akte des Protests, Widerstands oder der Kontestation zu reduzieren (vgl. Niesen 2019; Teubner 2018; Wiener 2014).

Zuletzt mehren sich daher demokratiethoretische Stimmen, die fordern, den demokratischen Raum wieder kleiner zu ziehen und Demokratie vom Nationalstaat her zu denken (vgl. Bellamy 2019; Grimm 2015; Jörke 2019; Streeck 2013). Doch auch diese Strategie vermag nicht vollends zu überzeugen. Abgesehen davon, dass sich die Notwendigkeit grenzüberschreitender Kooperation angesichts globaler Herausforderungen wie Migration oder Klimawandel nicht zurückdrehen lässt, erscheint es wenig wahrscheinlich, dass allein die Renationalisierung der Demokratie auch zu ihrer Vitalisierung beiträgt. Schließlich begleiten die repräsentative Demokratie auf nationalstaatlicher Ebene schon seit den 1990er Jahren eine Reihe von Krisendiagnosen. Die Rede ist unter anderem von der „Postdemokratie“ (Crouch 2008), der „Erosion des Sozialkapitals“ (Putnam 2000), dem „Verlust politischer Gleichheit“ (Schäfer 2015) oder der „Zweidritteldemokratie“ (Merkel 2016). Diesen Diagnosen ist die Schlussfolgerung gemein, dass eines der großen Versprechen der Demokratie, nämlich gleiche Teilhabechancen für alle Bürgerinnen am politischen Prozess zu eröffnen (vgl. Jörke 2019: 24), effektiv kaum mehr eingelöst werden kann. Hartmut Rosa spricht in diesem Zusammenhang auch von einem „ausgeprägten Mangel an Selbstwirksamkeitserfahrung“, der sich bei den Bürgern manifestiert habe und der auf der Überzeugung beruhe, dass sich die Strukturen des Gemeinwesens demokratisch nicht mehr erreichen ließen (Rosa 2019: 171).

2 So weigern sich die USA beharrlich, neue Richterposten des WTO Appellate Body zu besetzen und drohen auf diese Weise den stets als Vorreiter der internationalen Konstitutionalisierung beschriebenen Gerichtshof sukzessive lahmzulegen. Für weitere Beispiele vgl. Hirschl 2018.

3 Der EuGH ist hier das zuletzt meistdiskutierte Beispiel; vgl. Schmidt 2018; Stone Sweet 2004; Grimm 2015.

2. Die Renaissance der Städte im 21. Jahrhundert

Die demokratischen Staaten stehen am Beginn des 21. Jahrhunderts vor gewaltigen globalen und innerstaatlichen Ordnungsproblemen, die sich zu einer Infragestellung der Demokratie als normativem Leitmodell politischer Herrschaftsorganisation verdichten. Die Hoffnungen, die angesichts dessen derzeit in Städte gesetzt werden, sind groß. In den Feuilletons wird mit Blick auf die gelähmt wirkende Staatengemeinschaft angesichts von Trump, Brexit, Handelskriegen und Klimawandel regelmäßig beschworen, dass die Probleme der Welt nun in den Städten gelöst werden müssen (vgl. Dettling 2019; von Borries 2019). Benjamin Barber hat unlängst gar ein leidenschaftliches Plädoyer dafür gehalten, warum Bürgermeisterinnen die Welt regieren sollten (vgl. Barber 2013). Und in der *citizenship*-Diskussion wird der urbane Kontext auf der Suche nach einem postnationalen „citizenship narrative“, das den populistischen Tendenzen der Zeit widerstehen und zur demokratischen Integration heterogener, durch Migration gekennzeichnete Gesellschaften beitragen soll, wiederentdeckt (vgl. Bauböck 2020; Stahl 2020).

Diesen neuen Glauben an die Veränderungskraft der Städte befördern Kommunalpolitikerinnen, die verstärkt politischen Gestaltungsanspruch reklamieren: So schlossen die Bürgermeister von Budapest, Bratislava, Warschau und Prag Ende 2019 unter großem Medienecho einen ‚Pakt der freien Städte‘ und stellten sich darin mit dem Bekenntnis zu Weltoffenheit, Demokratie, kultureller Diversität, Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit gegen die in ihren Ländern regierenden Populisten.⁴ Anderorts treffen nationalstaatliche Regierungen ebenfalls auf den Widerstand der Städte. Unmittelbar nachdem US-Präsident Donald Trump im Juni 2017 den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen verkündete, schlossen sich zahlreiche Städte, Bundesstaaten sowie öffentliche und private Institutionen zusammen und bekräftigten, dass sie sich weiterhin den Zielen des Abkommens verpflichtet sehen. In Paris wiederum verspricht die Bürgermeisterin Anne Hidalgo ihren Stadtbürgern die ökologische Umgestaltung der Stadt und einen neuen demokratischen Vertrag, in dem die Stadt zum „Ort des Möglichen“ (Hidalgo 2019: 37) wird.

Hier wird deutlich, dass Städte heute offenbar das demokratische Versprechen kollektiver Handlungsfähigkeit verbunden mit einer partizipativen und responsiven Politik verkörpern und es zugleich an einen konkret erfahrbaren politischen Raum binden. Die Stadt erscheint als pragmatische Problemlöserin und Trägerin der kosmopolitischen Werte von Freiheit, Demokratie, Nachhaltigkeit, postnationaler Solidarität und offenen Grenzen. Diese neuerdings in Städte gesetzten Hoffnungen mögen zunächst erstaunen, schließlich wurde die sozialwissenschaftliche Stadtdiskussion angesichts kommunaler Aufgabenprivatisierung, Finanzierungsnot und staatlicher Zentralisierung bis zuletzt von der Diagnose einer Krise der Stadt beherrscht (Häußermann / Läßle / Siebel 2018: 301 ff.; Wollmann 2000). Was aber sind die Gründe für die Renaissance der Städte? Ich möchte im Folgenden vor allem zwei Ursachen hervorheben: die Dynamik der Globalisierung, die zu einem Bedeutungsgewinn der lokalen Ebene führt, sowie das historisch eng mit dem politischen Begriff der Stadt verknüpfte Versprechen demokratischer Selbstwirksamkeit.

4 Das ‚kleine Visegrad‘ will künftig direkt mit der EU – vorbei an den nationalen Regierungen – über Fördergelder verhandeln.

(1) *Städte und Globalisierung*: Als eine der markantesten Folgen der Globalisierung gilt die „Reorganisation der Raum-Zeit-Dimension“ (Löw 2001: 106).⁵ Die Globalisierung führt zu einer umfassenden „Neusegmentierung der Welt“ (Middell 2009: 117), im Zuge derer sich eine Vielzahl nebeneinander existierender und sich überlappender Räume herausbildet. Während Globalisierung zunächst unter den modernisierungstheoretischen Paradigmen von Zeit, Fluss und Wandel als Deterritorialisierung und damit als Auflösung der räumlichen Bezüge demokratischer Herrschaft interpretiert wurde, zeigt sich zuletzt immer deutlicher das Bild einer parallel stattfindenden Lokalisierung der grenzüberschreitenden Flüsse und der von ihr hervorgerufenen Problemlagen. „„Localities‘ [...] serve nowadays as dumping grounds for problems generated globally not by their initiative and without their consultation“, konstatierte etwa Zygmunt Bauman und prägte dafür den Begriff „glocalization“ (Bauman 2013: 1 f.).

Saskia Sassen hat als eine der ersten auf die Dynamik sogenannter *global cities* wie Tokio, London, Frankfurt, oder Singapur hingewiesen, in denen sich die weltweite Mobilität von Dienstleistungen, Kapital und Personen verdichtet. Sassen beschreibt, wie sich diese *global cities* als Standorte des internationalen Finanzkapitalismus zunehmend von der Entwicklung der sie umgebenden Territorialstaaten entkoppeln und sich stattdessen untereinander immer weiter angleichen (vgl. Sassen 1991). Doch auch abseits der prägnanten *global cities* entwickeln sich Städte zu sogenannten „Bruchzonen der Globalisierung“ (Middell 2009: 117), das heißt zu jenen Räumen, in denen sich die Neusegmentierung der Welt besonders deutlich zeigt und die Herstellung neuer Raumbezüge entsprechend umstritten ist (vgl. Hirschl 2020).

Anders als Dahl noch Mitte der 1960er Jahre angenommen hatte, sind die Probleme, die Städte heute und künftig zu lösen haben, nicht länger trivial, sondern ganz im Gegenteil von globalem Rang. Das verdeutlicht das Beispiel Klimawandel: Eine Studie hat kürzlich visualisiert, wie verschiedene Städte im Jahr 2050 aussehen werden, wenn sich die Oberflächentemperatur der Erde um 1,4 Grad erwärmt (vgl. Bastin et al. 2019). Zweidrittel der 520 darin untersuchten Städte wird ein Klima erleben, das heute dem ganz anderer Städte gleicht. Berlin wird zu Madrid, Madrid wird zu Marrakesch und London ähnelt künftig wohl Barcelona. Es braucht wenig Fantasie, um sich die Probleme und den entsprechenden lokalen Handlungsdruck vorzustellen, der daraus resultiert.

Internationale Organisationen wie UN, Weltbank und auch die EU haben auf diese Entwicklung bereits mit einer gezielten Agenda der Dezentralisierung und Subsidiarität reagiert, mit dem Ziel, Demokratie und Problemlösungsfähigkeit auf lokaler Ebene zu stärken (vgl. Blank 2006: 907; Aust 2017). Gleichzeitig bemühen sich Städte selbst auf internationale Organisationen Einfluss zu nehmen. Zu diesem Zweck sind besonders seit den 2000er Jahren Städtenetzwerke wie die C40 Cities Climate Leadership Group (C40) oder United Cities and Local Governments (UCLG) entstanden. Parallel dazu wurden bestehende europäische Netzwerke wie der Council of European Municipalities and Regions (CEMR) oder EUROCITIES durch die Verankerung der lokalen Selbstverwaltung im Vertrag von Lissabon aufgewertet. Wie schon am Beginn der Moderne fungieren Städte unter dem Eindruck der Globalisierung erneut als Laboratorien sozialen Wandels – in den Worten Baumanns: „All in all, cities all over the world turn into local laboratories in which the ways of resolv-

5 Globalisierung wird hier verstanden als Prozess der grenzüberschreitenden Mobilisierung von Waren, Kapital, Personen, Ideen und Werten, der in kultureller, ökonomischer und politischer Dimension eine Intensivierung der Verkehrs-, Kommunikations- und Austauschbeziehungen über nationale Grenzen hinweg bewirkt.

ing [...] globally generated problems are improvised or purposefully designed and then put to test and either rejected or incorporated in daily practice“ (Bauman 2013: 2).

(2) *Städte und das Versprechen demokratischer Selbstwirksamkeit*: Besonders die Geschichte der europäischen Stadt ist eng mit der Freisetzung individueller und kollektiver Handlungsfreiheit verbunden. Max Weber hat die okzidentale Stadt in seiner klassischen Studie als Keimzelle der Moderne beschrieben, deren Entwicklung er aufgrund der spezifischen Erwerbsstruktur und eines politisch verfassten Stadtbürgertums als singulär beschrieb. In der europäischen Stadt verschwanden ständische Unterschiede und Herrenrechte, insofern machte Stadtluft frei (vgl. Weber 2000 [1921]: 18).

Historisch gesehen emanzipierte die Stadt ihre Bewohnerinnen aus den beengten politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnissen des Landes und ermöglichte durch Arbeitsteilung, Entlastung von sozialen Kontrollen und republikanische Selbstverwaltung die kollektive Handlungsmacht einer Stadtgesellschaft freier Bürgerinnen (vgl. Nolte 1992; Siebel 2004). Mit Walter Siebel lässt sich der Idealtypus der europäischen Stadt durch die folgenden fünf Merkmale bestimmen: „Präsenz der Geschichte im Alltag des Städtlers, Stadt als wie immer utopisches Versprechen auf ökonomische und politische Emanzipation, Stadt als der besondere Ort einer urbanen Lebensweise, das überkommene Bild von der Gestalt der europäischen Stadt und schließlich ihre sozialstaatliche Regulierung“ (Siebel 2004: 18).

Es ist dieses soziale und politische Emanzipationsversprechen, das die Attraktivität der Stadt im Kern bis heute ausmacht. In demokratietheoretischer Perspektive handelt es sich dabei um das Versprechen demokratischer Selbstwirksamkeit, das seit den Anfängen der attischen Polis dem städtischen Raum eingeschrieben ist. Hartmut Rosa (der sich dabei wiederum auf Hannah Arendt bezieht) bezeichnet demokratische Selbstwirksamkeit als Erfahrung, durch Handeln individuell oder kollektiv etwas bewirken zu können und andere damit zu erreichen.

Ein solches interpersonales Verständnis demokratischer Selbstwirksamkeit ist auf Interaktions- und Begegnungsräume als „Resonanzsphäre“ angewiesen, „in der sich die unterschiedlichen Stimmen artikulieren, sich wechselseitig hören und antworten und dadurch transformieren können.“ (Rosa 2019: 185) Und Städte sind in der Lage, solche Räume zu eröffnen. Sie spannen einen geteilten Lebens- und Erfahrungsraum auf, der Differenzen zwischen Klassen, Ethnien, Religionen und Nationen überlagern kann. In verdichteten städtischen Räumen sind persönliche Begegnungen und neue soziale Erfahrungen unausweichlich und haben das Potential, soziale und räumliche Grenzen zwischen Gruppen zu überwinden. Die urbane Lebensweise gilt daher als „Voraussetzung für eine zwanglose und konfliktfreie Koexistenz von Fremden“ (Häußermann / Läpple / Siebel 2018: 321). Iris Marion Young hat dafür das normative Ideal der „unoppressive city“ (Young 1986: 22) geprägt. Die Stadt wird darin zum Entfaltungsraum des „nichtassimilierten Andersseins“ und Ermöglichungsbedingung einer Integration der Differenz.

Demokratische Selbstwirksamkeit ist auch in institutioneller Hinsicht eine Ressource, für deren Verwirklichung der städtische Raum besondere Chancen bietet. Die Stadt hat als ‚Schule der Demokratie‘ eine lange Tradition in der Ideengeschichte der Moderne.⁶ Im

6 Es findet sich unter anderem bei Alexis de Tocqueville, John Stuart Mill und besonders wirkmächtig zu Beginn des 20. Jahrhunderts bei den Denkerinnen und Denkern der US-amerikanischen ‚Progressive Era‘. In den USA führte dies zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer Welle an neuen demokratischen Institutionen wie Referendum, Recall oder Bürgerinitiative auf lokaler Ebene (vgl. Persily 1997).

Zuge der zunehmenden Verstaatlichung und Zentralisierung der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg ist das weithin in Vergessenheit geraten. Noch für die Vordenkerinnen des US-amerikanischen *progressivism* wie John Dewey (2016 [1927]) oder Mary Parker Follett (1998 [1918]) war klar, dass Demokratie eine zu erlernende Praxis ist, die auf unmittelbarer persönlicher Erfahrung basiert und folglich denknotwendig lokaler demokratischer Praktiken bedarf, um auch innerhalb der größeren Einheit des Staates erfolgreich zu sein.

Diese Ideen gewinnen vor dem Hintergrund der künftigen Herausforderungen wie Klimawandel oder Migration, die zuerst die Städte treffen werden, neue Attraktivität. So hat etwa der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem Hauptgutachten zur „transformativen Kraft der Städte“ angemahnt, dass entsprechende Teilhabestrukturen an der Stadtgestaltung gewährleistet sein müssen, wenn sich die Hoffnungen auf Städte als „Motoren der Transformation zur Nachhaltigkeit“ erfüllen sollen (WBGU 2016: 152 u. 2). Wichtige Impulse dazu können von der Forschung zu demokratischen Innovationen wie Bürgerhaushalte oder Mini Publics ausgehen, die in der Lage ist, Vorschläge zu liefern, wie die Stadtgesellschaft als Raum demokratischer Selbstwirksamkeit auch institutionell ermöglicht werden kann (vgl. dazu Buchstein 2018).

3. Grundfragen einer politischen Theorie der demokratischen Stadt

Als politische Ordnungsform ist die Stadt älter als der Staat. Im 20. Jahrhundert, das gern als Jahrhundert der Nationalstaaten apostrophiert wird (vgl. Clark / Moonen 2017: 3 ff.), ist sie jedoch aus dem Blickfeld der Politischen Theorie geraten. Um den gegenwärtigen Herausforderungen zu begegnen, ist der Staat auf Stabilisierungsleistungen angewiesen, die von einer demokratischen Stadtpolitik ausgehen. Dabei geht es nicht darum, das präsentistische Demokratieideal der attischen Demokratie nun auch für das 21. Jahrhundert wiederaufleben zu lassen, sondern das demokratische Potenzial des städtischen Raums unter den gegenwärtigen Bedingungen der Globalisierung zu ergründen. Wie könnte die demokratische Stadt des 21. Jahrhunderts aussehen? Sollen Städte national und international mehr politische Autonomie und Mitsprache erhalten? Inwieweit lässt sich die Stadt mit unseren staatsbezogenen Vorstellungen von Demokratie und politischer Ordnung konzeptualisieren? Und ist die demokratische Stadt an den politisch-kulturellen Kontext der westlichen Demokratie gebunden? Diese Fragen stehen im Zentrum einer Politischen Theorie der Stadt. Um Antworten darauf geben zu können, bedarf es politiktheoretischer Forschung im Hinblick auf die folgenden fünf Dimensionen:

In *begrifflicher Hinsicht* wird man prüfen müssen, ob der tradierte Begriff der Stadt, in dessen Mittelpunkt politische und soziale Emanzipation stehen, eigentlich noch zu dem bezeichneten Gegenstand passt. Dabei sind insbesondere die Erkenntnisse der Stadtforschung zu berücksichtigen, die einen weitreichenden Wandel der Stadt diagnostizieren. Demnach verliert der soziale und politische Gegensatz von Stadt und Land, der implizit dem Begriff der europäischen Stadt Kontur verleiht, an Trennschärfe. Statt von einem Gegensatz ist heute eher von einem Kontinuum zwischen Stadt und Land die Rede; die urbane Lebensweise, die politische und ökonomische Freiheit von *citoyen* und *bourgeois* sind ubiquitär und nicht mehr an den städtischen Raum gebunden. Zugleich erodiert angesichts von Privatisierung und sozialer Segregation die dem Begriff der Stadt eingeschriebene Polarität von öffentlichem und privatem Raum, was das emanzipatorische Versprechen der Stadt weiter zu untergraben droht (vgl. Siebel 2018: 82).

In *ideen- und institutionengeschichtlicher Hinsicht* gilt es, nach politischen Vorverständnissen und öffentlichen Rechtfertigungen zu fragen, die die Institutionalisierung städtischer Autonomie begleitet haben. Als Beispiel bietet sich dafür die im internationalen Vergleich umfangreiche Garantie kommunaler Selbstverwaltung in Deutschland an. Innerhalb der abstrakt-territorialen Einheit des Staates schützt sie einen konkret-örtlichen Freiraum partizipativen, bürgernahen und immer auch potentiell widerspenstigen politischen Handelns, der sich der vereinheitlichenden bundesstaatlichen Logik bewusst versperrt. Dabei handelt es sich um ein in der deutschen Verfassungsgeschichte seit Beginn des 19. Jahrhundert tradiertes, aber meist vergessenes, institutionalisiertes Innovationspotential (vgl. Frick 2020).

In *methodischer Hinsicht* muss eine Politische Theorie der Stadt gesellschaftstheoretische und soziologische Perspektiven mit demokratietheoretischen Überlegungen zusammenführen. Ein Schlüssel zum Verständnis der Besonderheit des Städtischen ist die Kategorie der Nähe. Der städtische Raum fungiert als „räumliche Verdichtung des Sozialen“, in der „Unterschiedliches in den Modus des Nahen“ gebracht wird, wie Armin Nassehi (2002: 211 f.) es ausgedrückt hat. Die Unmittelbarkeit räumlicher Erfahrung unterscheidet Städte von größeren politischen Einheiten und synchronisiert politisches Handeln mit der Lebenswelt der Bürgerinnen. Vor diesem Hintergrund müssen auch Fragen der Lebensführung, der sozialen Bedeutung von Räumlichkeit und Architektur Gegenstand politiktheoretischer Überlegungen werden (vgl. Parkinson 2012; Bell / Zacka 2020).

In *normativer Hinsicht* bedarf es der Ausarbeitung von Leitbildern einer demokratischen Stadt und einer kritischen Bewertung der gegenwärtigen Stadtentwicklung. Anknüpfen kann die Demokratietheorie dabei unter anderem an das von Barber entwickelte Ideal der „new cosmopolis“ (Barber 2013: 12), an Margaret Kohns Idee des „urban commonwealth“ (Kohn 2016) oder an die an Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“ (Lefebvre 2016 [1968]) anschließenden *critical urban studies* (vgl. Brenner et al. 2011). Von normativer Relevanz ist dabei außerdem die Frage, inwiefern mehr politische Autonomie und demokratische Teilhabe in Städten vor dem Hintergrund des zentralen demokratischen Werts politischer Gleichheit innerhalb der politischen Gemeinschaft des Staates zu rechtfertigen sind.

Und schließlich gilt es in *empirischer Hinsicht* die Ambivalenz zwischen den Versprechen der Stadt und ihren restringierten realpolitischen Handlungsspielräumen offenzulegen, um zu einer realistischen Einschätzung des demokratischen Potenzials der Städte zu gelangen und zugleich konkrete Forderungen an eine Reform der Städte von der Warte der Demokratietheorie aus zu formulieren. Nur so können wir die Frage beantworten, ob wir uns mit einer Urbanisierung der Demokratie auf den Weg in ein „Neues Mittelalter“ (Friedrichs 2001) begeben, in dem reale und virtuelle Mauern unsere Städte als Inseln der Demokratie umgeben, oder die Erneuerung der staatlichen Demokratie im 21. Jahrhundert tatsächlich von den Städten ausgehen kann.

Literatur

- Aust, Helmut, 2013: Auf dem Weg zu einem Recht der globalen Stadt? „C40“ und der „Konvent der Bürgermeister“ im globalen Klimaschutzregime. In: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 73, 673–704.
- Aust, Helmut, 2017: Das Recht der globalen Stadt, Tübingen.
- Barber, Benjamin, 2013: If Mayors Rule the World. Disfunctional Nations, Rising Cities, New Haven / London.

- Bastin, Jean-Francois et al., 2019: Understanding climate change from a global analysis of city analogues. In: PloS ONE 14: e0217592; <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0217592>
- Bauböck, Rainer, 2020: Cities vs States: Should Urban Citizenship be Emancipated from Nationality?. In: Verfassungsblog 2020/1/20, DOI: <https://doi.org/10.17176/20200120-123820-0>, 31.03.2020.
- Bauman, Zygmunt, 2013: Glocalization and Hybridity. In: Glocalism: Journal of Culture, Politics, and Innovation 1, 1–5.
- Bell, Duncan / Zacka, Bernardo, 2020: Political Theory and Architecture, London / New York.
- Bellamy, Richard, 2019: A Republican Europe of States Cosmopolitanism, Intergovernmentalism and Democracy in the EU, Cambridge.
- Blank, Yishai, 2006: The City and the World. In: Columbia Journal of Transnational Law 44, 875–939.
- Brenner, Neil / Schmid, Christian, 2014: The ‘Urban Age’ in Question. In: International Journal of Urban and Regional Research 38, 731–755.
- Brenner, Neil / Marcuse, Peter / Mayer, Margit, 2011 (Hg.): Cities for People, Not for Profit: Critical Urban Theory and the Right to the City, Abingdon.
- Buchstein, Hubertus, 2018: Auf dem Weg zur Postwachstumsgesellschaft – Von der Resonanztheorie zur aleatorischen Demokratie. In: Berliner Journal für Soziologie 28, 209–236.
- Clark, Greg / Moonen, Tim, 2016: World Cities and Nation States, West Sussex.
- Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie, Frankfurt (Main).
- Dahl, Robert A., 1967: The City in the Future of Democracy. In: The American Political Science Review 61, 953–970.
- Detting, Daniel, 2019: Die Probleme der Welt werden in den Metropolen gelöst. In: Der Tagesspiegel vom 23.12.2019; <https://www.tagesspiegel.de/politik/intelligenz-der-stadt-die-probleme-der-welt-werden-in-den-metropolen-geloest/25359238.html>, 31.03.2020.
- Dewey, John, 2016 [1927]: The Public and its Problems, Athens (Ohio).
- Frick, Verena, 2019: Sakralisierung des Rechts. Zum Verhältnis von Politik und Recht in der Theorie des *Global Constitutionalism*. In: Andreas Anter / Dies. (Hg.), Politik, Recht und Religion, Tübingen, 93–109.
- Frick, Verena, 2020: Das kommunale Ausländerwahlrecht ‚revisited‘. Eine vertane Chance für die Revitalisierung der Demokratie auf lokaler Ebene. In: Verfassungsblog 2020/2/25, DOI: <https://doi.org/10.17176/20200225-225400-0>, 31.03.2020.
- Friedrichs, Jörg, 2011: The Meaning of New Medievalism. In: European Journal of International Relations 7 (4), 475–502.
- Follett, Mary P., 1998 [1918]: The New State. Group Organization the Solution of Popular Government, Pennsylvania.
- Genschel, Philipp / Zangl, Bernhard, 2008: Metamorphosen des Staates – Vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager. In: Leviathan 36, 430–454.
- Grimm, Dieter, 2015: The Democratic Costs of Constitutionalisation: The European Case. In: European Law Journal 21, 460–473.
- Häußermann, Hartmut / Läßle, Dieter / Siebel, Walter, 2018: Stadtpolitik, 4. Auflage, Berlin.
- Hidalgo, Anne, 2019: Paris, Ort des Möglichen. In: lettre internationale N. 127 Winter 2019, 37–52.
- Hirschl, Ran, 2018: Opting Out of “Global Constitutionalism”. In: Law & Ethics of Human Rights 12, 1–36.
- Hirschl, Ran, 2020: City, State. Constitutionalism and the Megacity, Oxford.
- Jörke, Dirk, 2019: Die Größe der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation, Berlin.
- Kohn, Margaret, 2016: The Death and Life of the Urban Commonwealth, Oxford.
- Lefebvre, Henri, 2016 [1968]: Das Recht auf Stadt, Hamburg.
- Löw, Martina, 2001: Raumsoziologie, Frankfurt (Main).
- Merkel, Wolfgang, 2016: Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 66 (40–42), 4–11.
- Middell, Matthias, 2009: Der Spatial Turn und das Interesse an der Globalisierung in der Geschichtswissenschaft. In: Jörg Döring / Tristan Thielmann (Hg.), Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften, 2. Auflage, Bielefeld, 103–124.

- Mouffe, Chantal, 2018: Für einen linken Populismus, Berlin.
- Mounk, Yascha, 2018: Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München.
- Nassehi, Armin, 2002: Dichte Räume. Städte als Synchronisations- und Inklusionsmaschinen. In: Martina Löw (Hg.), Differenzierungen des Städtischen, Opladen, 211–232.
- Niesen, Peter, 2019: Reframing civil disobedience: Constituent power as a language of transnational protest. In: Journal of International Political Theory 15, 31–48.
- Nolte, Paul, 1992: Bürgerideal, Gemeinde und Republik. „Klassischer Republikanismus“ im frühen deutschen Liberalismus. In: Historische Zeitschrift 254, 609–656.
- OECD, 2016: Are cities the new countries?. In: Trends Shaping Education, OECD Publishing, Paris DOI: https://doi.org/10.1787/trends_edu-2016-6-en.
- Parkinson, John R., 2012: Democracy and Public Space. The Physical Sites of Democratic Performance, Oxford.
- Persily, Nathaniel A., 1997: The Peculiar Geography of Direct Democracy: Why the Initiative, Referendum and Recall Developed in the American West: In: Michigan Law and Policy Review 2, 11–42.
- Putnam, Robert D., 2000: Bowling Alone: The collapse and revival of American community, New York.
- Rosa, Hartmut, 2019: Demokratie und Gemeinwohl: Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung. In: Hanna Ketterer / Karina Becker (Hg.), Was stimmt nicht mit der Demokratie?, Berlin, 160–188.
- Sassen, Saskia, 1991: The Global City, Princeton.
- Schäfer, Armin, 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt (Main) / New York.
- Schmidt, Susanne K., 2018: The European Court of Justice and the Policy Process: In the Shadow of Case Law, Oxford.
- Siebel, Walter, 2004: Einleitung: Die europäische Stadt. In: Ders. (Hg.), Die europäische Stadt, Frankfurt (Main), 11–50.
- Siebel, Walter, 2018: Die Kultur der Stadt, 3. Auflage, Berlin.
- Stahl, Kenneth A., 2020: Local Citizenship in a Global Age, Cambridge.
- Stone Sweet, Alec, 2004: The Judicial Construction of Europe, Oxford.
- Streeck, Wolfgang, 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.
- Teubner, Gunther, 2018: *Quod omnes tangit*: Transnational Constitutions Without Democracy?. In: Journal of Law and Society 45, 5–29.
- von Borries, Friedrich, 2019: Die gute Stadtluft. In: DIE ZEIT vom 27.12.2019.
- Warren, Mark, 2017: A Problem-Based Approach to Democratic Theory. In: The American Political Science Review 111, 39–53.
- WBGU, 2016: Hauptgutachten: Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte, Berlin.
- Weber, Max, 2000 [1921]: Die Stadt. In: Ders., Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe, Teilband 5, hg. v. Wilfried Nippel, Tübingen.
- Wiener, Antje, 2014: A Theory of Contestation, Heidelberg.
- Wollmann, Hellmut, 2000: Die traditionelle deutsche kommunale Selbstverwaltung – ein „Auslaufmodell“?. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 41, 42–51.
- Young, Iris Marion, 1986: The Ideal of Community and the Politics of Difference. In: Social Theory and Practice 12, 1–26.
- Zürn, Michael, 2011: Die Rückkehr der Demokratiefrage. Perspektiven demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 56 (6), 63–74.